

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Biber Happe	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Volker Lemken	auf Vorschlag der CDU
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Doris Rost	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Paul Spörl	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Combrink-Souhjoud	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
--------------------------------	---

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region.
Frau Ruth Differdange	Kath. Familienbildungswerk e.V.
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung e.V.
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Monika Knepper	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerk e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.
Herr Dr. Wolfgang Zschke	Jugendhilfe und Schule e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina	auf Vorschlag des Integrationsrates
-------------------------	-------------------------------------

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Carolin Krause

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold

Ev. Kirche

Frau Magna Becker

Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen

Frau Anja Daub

Agentur für Arbeit

Herr Georg Spitzley

Kath. Kirche

Herr Werner Völker

Ev. Kirche

Herr Dr. Robert Wegner

Vertreter der Gesundheitsverwaltung

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Heinrich Spieker

Seniorenvertretung

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Frau Christiane Lehmann

Handwerkerinnenhaus Köln e.V.

Frau Frauke Mahr

Mädchenhaus Köln e.V.

Herr Markus Peters

auf Vorschlag der CDU

Herr Peter Pfeifer

Sportjugend Köln

Frau Lieselotte Sturch

GRÜNE

Frau Ulrike Volland-Dörmann

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Frau Erika Weber

Sportjugend Köln

Herr Dr. Heinen begrüßt alle Jugendhilfeausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Da die Ausschusssitzung im Bürgerhaus Stollwerck stattfindet, hat die Verwaltung nicht die Möglichkeit, die Parkgebühren der Ausschussmitglieder zu übernehmen. Aufgrund dessen werden diese gebeten, bei der Ausfahrt eine Parkquittung zu ziehen und mit Angabe der Bankverbindung an die Geschäftsstelle des Jugendhilfeausschusses zu schicken, damit eine Erstattung auf dem Bankweg erfolgen kann.

Herr Dr. Heinen übergibt anschließend das Wort an Herrn Dr. Wegner, der den Jugendhilfeausschuss verlässt. Herr Dr. Wegner bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit. Er berichtet, dass seine erste Aufgabe, als er vor 10 Jahren beim Kölner Gesundheitsamt angefangen habe, die Erstellung eines Berichtes zu gesundheitsfördernden Maßnahmen in Köln gewesen sei. Darauf aufbauend musste ein Maßnahmenpaket der dringend erforderlichen Maßnahmen und deren Kosten ermittelt werden. Viele der im Bericht erwähnten Maßnahmen seien Jahre später umgesetzt worden. Er legt dem Ausschuss nahe, Herrn Thomas Altgeld von der Landesvereinigung Gesundheit zum Thema „Prävention“ in den Ausschuss einzuladen. Dieser stelle in Frage, ob es Sinn mache, die verschiedenen Arten der Prävention (z.B. Suchtprävention, Gewaltprävention, Adipositasprävention) jeweils für sich alleine zu bearbeiten. Bei der Prävention gehe es immer um die Selbstwirksamkeit. Wenn man dies erkenne, könne man die Präventionsarbeit optimieren.

Der Ausschussvorsitzende macht auf folgende Auslagen aufmerksam:

- Angebotsübersicht der RAA für das 2. Halbjahr 2011 zu Tagesordnungspunkt 3.11,
- Jahresbericht 2010 des Amtes für Weiterbildung zu Tagesordnungspunkt 3.12,
- Ausbildungsbericht 2010 zu Tagesordnungspunkt 3.13,
- Broschüre zum Projekt "Stadt mit Zukunft - gestalten mit Kindern und Jugendlichen" zu Tagesordnungspunkt 3.14,
- Broschüre „Angebote der Gewaltprävention in Schulen“ zu Tagesordnungspunkt 3.19.

Darüber hinaus teilt Herr Dr. Heinen mit, dass die Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste unter Tagesordnungspunkt 1.1 einen kurzen Film über den Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst vorführt. Dieser wurde im Rahmen des diesjährigen Kinder- und Jugendhilfetages in Stuttgart vorgestellt.

Zu TOP 1.2 wird die Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung zusammen mit Herrn Udo Behrends, leitender Polizeidirektor der Kölner Polizei, einen kurzen Vortrag zu Tagesordnungspunkt 8.2 „Konzept zur Gewaltprävention“ halten. Die Beschlussfassung zu diesem TOP folgt jedoch erst bei der Beratung der Vorlage.

Herr Dr. Heinen macht darauf aufmerksam, dass als Tischvorlage eine Pressemeldung vom 27.09.2011 zur Schließung der Kindertagesstätte Drachenfelsstraße zur Kenntnis der Ausschussmitglieder vorliegt. Diese wird der Niederschrift nochmals als Anlage 1 beigelegt.

Als Tischvorlage werden die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien zu den Tagesordnungspunkten 6.3, 7.1, 8.1, 8.2, 8.3, 8.4, 8.5 und 8.6 mitgeteilt.

Des Weiteren wurden die Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 2.8, 3.16, 3.17, 3.18, 3.19, zu 5.2.1, 6.8, zu 8.1, zu 8.6, 8.7 und 8.8 als Tischvorlage verteilt.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 1.2, 2.6, 2.7, 2.8, 3.14, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 3.19, zu 5.2.1, 6.7, 6.8, 8.6, 8.7 und 8.8.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr Dr. Schlieben bittet, Tagesordnungspunkt 8.7 in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu vertagen. Im Vorfeld der Beratungen bittet er die Verwaltung, ein kurzes Referat zu halten, welches bezüglich des U3- und Ü3-Ausbaus klarmacht, wie sich der Ist-Stand darstelle und welcher Soll-Stand erreicht werden müsse.

Frau Beigeordnete Dr. Klein ist mit der Vertagung einverstanden und sagt zu, die erbetenen Informationen in der Jugendhilfeausschusssitzung am 08.11.2011 zur Verfügung zu stellen.

Frau Jahn bittet, die Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 8.8 aufgrund von Beratungsbedarf in einer Sondersitzung am Montag, den 10.10.2011 zu behandeln. Die Beratung solle jedoch in dieser Sitzung erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Bei 5 Enthaltungen (SPD-Fraktion, Sozialdienst katholischer Frauen und Caritasverband) einstimmig zugestimmt.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Filmbeitrag zum Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst (GSD)
3772/2011
- 1.2 Vortrag zu TOP 8.2 "Konzept zur Gewaltprävention" durch die Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung und Herrn Udo Behrends, leitender Polizeidirektor der Kölner Polizei
- 1.3 Benennung der Stimmzähler
- 1.4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.5 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

- 2.1 Zukünftige Finanzierung der Kölner Kompetenzagenturen
(Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2011 -AN/07122011)
Anfrage von Herr Dr. Schlieben
2567/2011
- 2.2 Bericht zum Pilotprojekt Integrationslotsen, Beantwortung von Anfragen, hier: Sozialausschuss vom 10.02.2011 zu Top 4.4 und Jugendhilfeausschuss am 22.02.2011 zu Top 3.5
2821/2011
- 2.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von Herrn Uckermann aus dem JHA am 05.07.2011 zum Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft und zur Broschüre 'Köln 100% - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
3298/2011
- 2.4 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand
(Beantwortung von Anfragen von Frau Mucuk und Herrn Kienitz aus der JHA-Sitzung am 05.07.2011)
3672/2011
- 2.5 Beantwortung der Anfrage 9.4. von Frau Blum-Maurice aus der JHA-Sitzung am 05.07.2011
3707/2011

- 2.6 Verteilung von Haushaltsmitteln 2011 an die DGB Jugend
(Beantwortung einer Anfrage von Herrn Spörl aus der JHA-Sitzung am
05.07.2011)
3732/2011
- 2.7 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten,
Nachfragen von Frau Jahn und Frau Laufenberg aus der JHA-Sitzung vom
05.07.2011, TOP 3.18, Kita St.-Tönnis-Str. in Köln-Worringen und Kotten-
forststr. 2 in Köln-Zollstock
3376/2011
- 2.8 Auswechslung des Sandes in städt. Kindertagesstätten
(Beantwortung von Anfragen von Herrn Kienitz und Frau Jahn aus der JHA-
Sitzung am 05.07.2011)
3085/2011
- 3 Mitteilungen**
- 3.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
2892/2011
- 3.2 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Vorgebirgsgärten
in Köln-Zollstock (Arbeitstitel Fritz-Hecker-Straße)
3036/2011
- 3.3 Trägerschaft der Kindertageseinrichtung Apenrader Straße (Neuehrenfeld)
3046/2011
- 3.4 Handlungsbedarf zur Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen
3027/2011
- 3.5 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Kölner Straße
148-152 in Köln-Porz-Ensen
3189/2011
- 3.6 Sachstandsmitteilung zum Bildungspaket
3166/2011
- 3.7 Sport in Metropolen - Netzwerk Sport und Bewegung Nippes
hier: Sport Spiel Ferien Aktion Nippes
Kooperationsprojekt zwischen dem Amt für Kinder, Jugend und Familie / Be-
zirksjugendpflege Nippes und dem Sportamt / Netzwerk Sport und Bewegung
Nippes
3407/2011
- 3.8 Fallzahlenentwicklung Jugendgerichtshilfe 2002 bis 2010
3626/2011

- 3.9 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2108/2011
- 3.10 Neue stellvertretende Leiterin der RAA
3499/2011
- 3.11 Angebotsübersicht der RAA für das 2. Halbjahr 2011
3501/2011
- 3.12 Jahresbericht 2010 des Amtes für Weiterbildung
3750/2011
- 3.13 Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrgangs 2013 (Doppelabiturjahrgang)
2345/2011
- 3.14 Publikation des Projektes "Stadt mit Zukunft - gestalten mit Kindern und Jugendlichen"
3761/2011
- 3.15 Kölner Kompetenzagenturen
3730/2011
- 3.16 Nicht normgerechte Spielgeräte auf Kinderspielplätzen
2717/2011
- 3.17 Bildungs- und Teilhabepaket
3794/2011
- 3.18 Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen
3847/2011
- 3.19 Angebote der Gewaltprävention in Schulen
3940/2011
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Geschlechterspezifische Förderung bei Kindern und Jugendlichen
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011)
AN/ 1373/2011

zu 5.1.1 Geschlechterspezifische Förderung bei Kindern und Jugendlichen
(Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011)
3597/2011

5.1.2 Verkehrssicherheit an Kölner Spielplätzen
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011)
AN/ 1374/2011

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Spielgeräte auf schulischen und öffentlichen Spielplätzen
(Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 21.07.2011)
AN/1475/2011

zu 5.2.1 Spielgeräte auf schulischen und öffentlichen Spielplätzen
(Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 21.07.2011)
3886/2011

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Kinder und Jugendförderplan der Stadt Köln
1625/2011

6.2 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, im Rahmen aktivierbarer Zuwendungen an freie Träger von Jugendeinrichtungen im Jahr 2011
hier: Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 20.000 € für den Verein "Jugendfarm Wilhelmshof e.V."
3021/2011

6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Schulte-Schmelter-Stiftung
3627/2011

6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Natur bewegt dich gGmbH
3582/2011

- 6.5 Zuschüsse an Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2011
3234/2011
- 6.6 Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen, die in der Schule auffällig werden - eine Leistung die vom Therapiezentrum Köln und dem Kinderzentrum Porz erbracht wird.
3631/2011
- 6.7 Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrecht zur Qualitätssicherung in Vormundschaft und Pflegschaft
3191/2011
- 6.8 Ausbau der Qualität im Offenen Ganztage im Bereich kultureller Bildung - Weitere Mittelverwendung sowie -freigabe im HJ 2011-
3835/2011
- 7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 7.1 Neubau einer 6-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung am Dellbrücker Mauspfad 125 - 127, 51069 Köln-Dellbrück
Baubeschluss
3082/2011
- 8 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 8.1 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011
Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen
0252/2011
- 8.2 Konzept zur Gewaltprävention
2239/2011
- 8.3 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem Bildungspaket
2560/2011
- 8.4 Fortführung des Rucksack-Programms
2900/2011
- 8.5 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14
2715/2011
- 8.6 Intensivierung der Schulsozialarbeit aus Mitteln des "Bildungspaketes" der Bundesregierung
3812/2011

8.7 Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3 - Jährige; Anpassung der Ausbauplanung U3 - verstärkter Ausbau der Kindertagespflege
3201/2011

8.8 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen im Jahr vor der Einschulung;
Änderung der Satzung zum 01.08.2011
3690/2011

9 Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Nichtöffentliche Mitteilungen

11 Nichtöffentliche Beschlussvorlagen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Filmbeitrag zum Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst (GSD) 3772/2011

Die Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste stellt einen 20-minütigen Filmbeitrag zum Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst vor. Dieser wurde im Rahmen des diesjährigen Kinder- und Jugendhilfetages in Stuttgart vorgestellt.

1.2 Vortrag zu TOP 8.2 "Konzept zur Gewaltprävention" durch die Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung und Herrn Udo Behrends, leitender Polizeidirektor der Kölner Polizei

An dieser Stelle halten Frau John (Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung), Herr Schüle (Koordination und Durchführung von Aufgaben gemäß Jugendgerichtsgesetz und Adoptionsvermittlungsgesetz), Frau Köper (Koordination Streetwork) und Herr Behrends (leitender Polizeidirektor der Kölner Polizei) einen ca. 30-minütigen Vortrag zu Tagesordnungspunkt 8.2 „Konzept zur Gewaltprävention“. Die Präsentationsunterlagen liegen der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt bei der Beratung der Vorlage.

Frau Blümel erkundigt sich nach dem praktischen Nutzen des Konzeptes und nach den tatsächlichen Veränderungen im Alltag der Kindertagesstätten.

Frau Hartmann erläutert für die Verwaltung, dass der Prozess sich ganz am Anfang befinde. Alle Akteure seien an einen Tisch gebracht worden und haben eine gemeinsame Positionierung entwickelt. Für das Thema solle eine AG78 gegründet werden. Diese müsse legitimiert sein, den Prozess voranzutreiben.

1.3 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Herr Frank Schneider, Herr Niklas Kienitz und Frau Sylvia Laufenberg benannt.

1.4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.5 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Zukünftige Finanzierung der Kölner Kompetenzagenturen (Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2011 -AN/07122011) Anfrage von Herr Dr. Schlieben 2567/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Koj bittet um Angabe, bis wann die aktualisierte Übersicht zu den Maßnahmen im Projekt Schule-Beruf im Jugendhilfeausschuss vorgelegt werde und ob es möglich sei, diese um die Teilnehmerzahlen und die Erfolgsquoten zu ergänzen. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob die Träger bei der Erstellung der Übersicht mit einbezogen worden seien.

Die Verwaltung wird die Fragen schriftlich beantworten.

2.2 Bericht zum Pilotprojekt Integrationslotsen, Beantwortung von Anfra- gen, hier: Sozialausschuss vom 10.02.2011 zu Top 4.4 und Jugendhilfe- ausschuss am 22.02.2011 zu Top 3.5 2821/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der Lichtbildausweise der Integrationslotsen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass ihres Wissens zur Zeit die Finanzierung geklärt werde. Die Verwaltung werde die Anfrage von Frau Mucuk zur Beantwortung an das zuständige Dezernat weiterleiten.

2.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von Herrn Uckermann aus dem JHA am 05.07.2011 zum Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft und zur Broschüre 'Köln 100% - Kulturelle Vielfalt ei- ner Stadt' 3298/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

2.4 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand (Beantwortung von Anfragen von Frau Mucuk und Herrn Kienitz aus der JHA-Sitzung am 05.07.2011) 3672/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben nimmt Bezug auf die der Niederschrift als Anlage 3 beigefügte Positionierung der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen und der beiden

Landschaftsverbände zum Thema Inklusion im Schulbereich. Er führt aus, dass dieser Beschluss den Kommunen als Grundlage für ihre Handlungen dienen müsse, damit weitere sinnvolle Schritte in dieser Sache unternommen werden.

**2.5 Beantwortung der Anfrage 9.4. von Frau Blum-Maurice aus der JHA-Sitzung am 05.07.2011
3707/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bittet im Zusammenhang mit der Wiederbesetzungssperre um Erläuterung der Personalsituation bei der Familienberatung.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass sie sich sicher sei, dass die Situation sich deutlich verbessert habe. Die Anfrage werde jedoch zur Beantwortung an das zuständige Amt weitergeleitet.

Frau Jahn führt aus, dass sie es sehr begrüßenswert finde, dass die Wiederbesetzungssperre in dem Bereich abgeschafft wurde. Sie greift aus dem Text die Stichworte „Aufgabenreduktion“ und „Engpässe“ auf und bittet um Mitteilung, welche Aufgaben weggefallen seien und welche Engpässe es gegeben habe.

Auch hierzu wird die Verwaltung schriftlich antworten.

**2.6 Verteilung von Haushaltsmitteln 2011 an die DGB Jugend
(Beantwortung einer Anfrage von Herrn Spörl aus der JHA-Sitzung am
05.07.2011)
3732/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk bittet um Auskunft, wie genau die Ansprache der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aussehe. Darüber hinaus möchte sie wissen, welche Migrantenorganisationen zur Kooperation mit den Eltern herangezogen werden.

Herr Spörl fragt nach, ob das Angebot - vor dem Hintergrund der Schließung der Hauptschule Borsigstraße – fortgeführt werde, z.B. durch Verlagerung auf eine Gesamt- oder Realschule.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

**2.7 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten,
Nachfragen von Frau Jahn und Frau Laufenberg aus der JHA-Sitzung
vom 05.07.2011, TOP 3.18, Kita St.-Tönnis-Str. in Köln-Worringen und
Kottenforststr. 2 in Köln-Zollstock
3376/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.8 Auswechselung des Sandes in städt. Kindertagesstätten
(Beantwortung von Anfragen von Herrn Kienitz und Frau Jahn aus der
JHA-Sitzung am 05.07.2011)
3085/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen

**3.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
2892/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.2 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Vorgebirgsgärten in Köln-Zollstock (Arbeitstitel Fritz-Hecker-Straße)
3036/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.3 Trägerschaft der Kindertageseinrichtung Apenrader Straße (Neuehrenfeld)
3046/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Blümel führt aus, dass durch die Übernahme der Trägerschaft durch die KölnKitas gGmbH eine 100%-ige Refinanzierung erfolgt sei. Sie betont, dass dieselben Rahmenbedingungen auch für die freien Träger gelten sollten.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass die Trägerschaften für neue Kindertageseinrichtungen immer ausgeschrieben werden. Die Auswahl erfolge immer zunächst nach dem Trägeranteil. Erst danach wird die KölnKitas gGmbH berücksichtigt und als allerletzte – und nicht gewünschte – Lösung, die Stadt Köln selbst.

**3.4 Handlungsbedarf zur Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen
3027/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg nimmt Bezug auf die Seiten 8 und 9 der Mitteilung und bittet zu den Stadtteilen Ostheim, Weidenpesch, Ossendorf, Sülz und Weiden um weitere Erläuterung.

Frau Hartmann führt für die Verwaltung folgendes aus:

- In Ostheim handele es sich um ein relativ kleines, nicht unterkellertes Gebäude und nicht um eine Baracke. Für die Siedlung wäre ein neues Gebäude wichtig. Es gebe allerdings Probleme bei der Grundstückssuche.
- In Weidenpesch sei zwar ein Ladenlokal vorhanden. Dieses sei jedoch zum einen sehr beengt und zum anderen bestehen Probleme mit den Mietern. Perspektivisch müsse die Verwaltung diesbezüglich eine neue Lösung finden.
- Die Lage der jetzigen Jugendeinrichtung mitten im Ossendorfer Park sei sehr gut, das Grundstück sei allerdings sehr klein. Es gebe ein größeres Grundstück, welches sich allerdings an einem weniger optimalen Standort befinde. Ein eventueller Investor werde eine Finanzierungssicherheit haben wollen. Das Budget für die Jugendarbeit beinhalte zur Zeit keine Mietkosten, so dass die Verwaltung diesbezüglich zur Zeit nicht aktiv werden könne.

Herr Graebner von der Verwaltung ergänzt die Ausführungen wie folgt:

- Die Baumaßnahme in Sülz sei sehr problematisch und mit einer erheblichen Kostensteigerungen verbunden. Darüber hinaus habe ein beauftragtes Unternehmen einen Nachtrag vorgelegt. Dieser Unternehmer habe seinen Auftrag inzwischen beendet und die Verwaltung versuche zur Zeit, einen Teil der Baumaßnahmen über einen Beschäftigungsträger durchzuführen, um die Kosten in Schach zu halten.
- In Weiden habe es eine längere Diskussion darüber gegeben, dass neben dem Schulzentrum eine Jugendeinrichtung errichtet werden soll. Das Schulzentrum müsse zum Teil neu gebaut, zum Teil aber auch abgerissen werden. Um eine Evakuierung des gesamten Schulzentrums zu vermeiden, werde zunächst der Neubau erstellt, danach folgen die Abbrucharbeiten und schließlich wird auf dem Grundstück eine Fläche für die Jugendeinrichtung vorgesehen. Die städtebaulichen Planungen seien abgeschlossen und die Verwaltung erwarte in Kürze ein Angebot.

Herr Dr. Schlieben bittet um Mitteilung, ob es eine konkrete Finanzierung gebe und ob ein Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen bestehe. Darüber hinaus bittet er um Sachstandsangabe der drei Baumaßnahmen, die in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung beschlossen wurden (u.a. Stuttgarter Straße).

Frau Beigeordnete Dr. Klein macht darauf aufmerksam, dass das Ranking dafür gedacht gewesen sei, den Ausschussmitgliedern eine Transparenz zur Schwerpunktsetzung zu geben. Bezüglich der Finanzierung könne sich die Verwaltung lediglich im Rahmen der finanziellen Budgets bewegen und es müsse nun diskutiert werden, welche zusätzlichen Mittel erforderlich seien und wer diese bereitstelle. Es werde zwar in diesem Bereich auch im nächsten Jahr keine Haushaltskürzungen geben, die Mittel seien jedoch trotzdem knapp. Die zweite Frage von Herrn Dr. Schlieben werde die Verwaltung schriftlich beantworten.

Herr Krücker nimmt Bezug auf Punkt 1.3 der Mitteilung und moniert, dass es zu Rückforderungen gekommen sei, obwohl die Träger teilweise 5-stellige Beträge als Eigenanteil geleistet und zusätzliche Aufgaben übernommen haben. Dies zeige, dass zunächst eine vernünftige Lösung für die Finanzierung gefunden werden müsse. Er bittet um Auskunft, ob die Aussage, dass es in dem Bereich keine weiteren Kürzungen geben solle, sich auch auf den Haushalt 2012 beziehe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stellt klar, dass es auch im Haushalt 2012 keine weiteren Kürzungen geben werde, als die zur Zeit bekannten und beschlossenen.

**3.5 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Kölner Straße 148-152 in Köln-Porz-Ensen
3189/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.6 Sachstandsmitteilung zum Bildungspaket
3166/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen spricht ein großes Lob an alle an der Umsetzung der Maßnahme Beteiligten aus.

Frau Beigeordnete Dr. Klein schließt sich dem Dank an und erläutert, dass die Antragsquote sukzessiv steige und zur Zeit bei 29,52% liege.

Frau Jahn bedankt sich ebenfalls für das bisher Erreichte. Sie macht jedoch darauf aufmerksam, dass eine Antragsquote von knapp 30% nicht befriedigend sei und bittet um Auskunft, ob es Initiativen der Stadt zur Quotensteigerung gebe.

Herr Bergmann macht deutlich, dass die Wohlfahrtsverbände in einer großen Ambivalenz zu diesem Thema stehen und fragt, ob das System - wenn es zu dessen Bewertung kommen würde - tatsächlich funktioniere oder nicht.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass Köln genau im Bundesdurchschnitt liege. Die Städte Frankfurt, Hamburg, München und Köln planen eine Initiative der Großstädte, seien sich jedoch einig, dass zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden müsse. Das zuständige Bundesministerium möchte hierzu im Herbst eine Diskussionsrunde einberufen. Aus dem „Spiegel“ sei Frau Beigeordneter Dr. Klein bekannt, dass der Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Arbeitsministerin von Bayern beabsichtigen, eine Bundesratsinitiative zu starten, sofern sich die Zahlen nicht in nächster Zeit deutlich verbessern. Zu der Frage von Herrn Bergmann führt Frau Beigeordnete Dr. Klein aus, dass von den insgesamt ca. 56.000 Antragsberechtigten zur Zeit 29,52 %, d.h. 16.532 Antragsteller, erreicht werden. Die Antragszahl sei mit 32.125 weitaus höher, da diese sich auf alle Module beziehe. Dies bedeute, dass knapp 70% der Anspruchsberechtigten nicht erreicht werden und dies müsse zur Diskussion auf Bundesebene gestellt werden.

Frau Schlitt bestärkt die Verwaltung darin, in der Sache weiter tätig zu werden. Sie kritisiert, dass wertvolle Arbeitszeit des Personals in Schulen, Kindertagesstätten, bei freien Trägern und in der Verwaltung für die bürokratische Antragsbearbeitung draufgehe.

Herr Pannes teilt mit, dass die grundlegende Lernförderung der zentrale Punkt des Bildungspaketes sein müsse und bittet um Auskunft, ob es diesbezüglich Möglichkeiten zur Nachbesserung gebe.

Herr Dr. Heinen fragt nach, wie die Lernförderung an Schulen, die das Sitzenbleiben abgeschafft haben, zum Einsatz komme.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, dass das Thema Lernförderung besonders problematisch sei, da diese Hilfe erst zum Tragen komme, wenn u.a. die Versetzung gefährdet ist und es damit bereits zu spät sei. Die Verwaltung habe sich mit einem Lösungsvorschlag an das zuständige Ministerium gewandt. Das Ministerium habe diesen Vorschlag jedoch abgelehnt. Es müsse einen Appell an die Bundesregierung geben, dass – ähnlich wie bei der Schulsozialarbeit - in das System selber investiert werde. Auf die Frage von Herrn Dr. Heinen erläutert Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass es an diesen Schulen formal keine Lernförderung geben könne und die Verwaltung nach Lösungswegen suche.

Frau Becker verstärkt die Aussage von Frau Beigeordneter Dr. Klein und hebt hervor, dass diese Regelung einen kompletten Ausschluss der Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang Lernen (sowohl Kinder an Förderschulen Lernen als auch Kinder im gemeinsamen Unterricht im Bildungsgang Lernen) nach sich ziehe und somit einer Diskriminierung gleiche.

**3.7 Sport in Metropolen - Netzwerk Sport und Bewegung Nippes
hier: Sport Spiel Ferien Aktion Nippes
Kooperationsprojekt zwischen dem Amt für Kinder, Jugend und Familie /
Bezirksjugendpflege Nippes und dem Sportamt / Netzwerk Sport und
Bewegung Nippes
3407/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.8 Fallzahlenentwicklung Jugendgerichtshilfe 2002 bis 2010
3626/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen teilt mit, dass die Mitteilung Zahlen enthalte, die keine Interpretationskraft enthalten. Er bittet um Auskunft, wie künftig mit dieser Mitteilung umzugehen sei.

Frau Krause führt aus, dass diese Informationen in den letzten Jahren von den Ausschussmitgliedern gewünscht worden seien. Die Verwaltung werde die Anregung jedoch mitnehmen und für die Zukunft überdenken, wie man mehr Inhalt reinbringen könne.

Herr Nott teilt für die FDP-Fraktion mit, dass die Mitteilung sehr sinnvoll sei. Er bittet jedoch, in Zukunft konkretere Angaben zum Geschlecht, Alter und den Stadtteilen zu machen.

Herr Völlmecke gibt für die Verwaltung an, dass die Zahlen von der Staatsanwaltschaft bzw. vom Gericht stammen. Er wisse nicht, ob die gewünschten Angaben ergänzt werden können, werde dies jedoch überprüfen.

**3.9 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2108/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.10 Neue stellvertretende Leiterin der RAA
3499/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.11 Angebotsübersicht der RAA für das 2. Halbjahr 2011
3501/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.12 Jahresbericht 2010 des Amtes für Weiterbildung
3750/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.13 Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrgangs 2013
(Doppelabiturjahrgang)
2345/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.14 Publikation des Projektes "Stadt mit Zukunft - gestalten mit Kindern und Jugendlichen"
3761/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen lobt die ämterübergreifende Leistung in diesem Projekt.

**3.15 Kölner Kompetenzagenturen
3730/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.16 Nicht normgerechte Spielgeräte auf Kinderspielplätzen 2717/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlag 5 bei.

Frau Jahn bittet, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.11.2011 zu vertagen.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr Dr. Schlieben nimmt Bezug auf Seite 2 der Mitteilung. Danach gebe es insgesamt 120 Geräte, die unverzüglich abgebaut werden müssen. Die Zahl sei alarmierend. Er bittet um Auskunft, ob die abgebauten Geräte sofort ersetzt werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stimmt zu, dass die Zahl enorm sei. Allerdings müsse man wissen, dass die Standards mit jedem Unfall, der bundesweit an einem Spielplatz passiere, höher werden. Der Ersatz werde im Rahmen der Haushaltsansätze sukzessive gewährleistet.

Frau Jahn gibt an, dass es in Köln ca. 600 städtische Spielplätze gebe. Daneben gebe es zahlreiche private Spielplätze. Sie fragt nach, ob für diese Spielplätze dieselben DIN-Normen gelten und ob die Verwaltung die Einhaltung kontrolliere.

Frau John teilt für die Verwaltung mit, dass die Spielplatzsatzung zwar Normen vorgebe, diese jedoch nicht in vollem Umfang durch die Stadt kontrolliert werden können.

Frau Mucuk bittet um Konkretisierung des Begriffes „unverzüglich“.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bringt zum Ausdruck, dass „unverzüglich“ rein rechtlich „in engem zeitlichen Zusammenhang“ bedeute. Die Verwaltung werde diese Frage jedoch an das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen weiterleiten.

3.17 Bildungs- und Teilhabepaket 3794/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlag 6 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.18 Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen 3847/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlag 7 bei.

Frau Jahn bittet, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.11.2011 zu vertagen.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

3.19 Angebote der Gewaltprävention in Schulen 3940/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlag 8 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge liegen nicht vor.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge werden nicht gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Geschlechterspezifische Förderung bei Kindern und Jugendlichen (Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011) AN/ 1373/2011

zu 5.1.1 Geschlechterspezifische Förderung bei Kindern und Jugendlichen (Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011) 3597/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Spörl regt zu Frage 2 an, dass auch in den Schulen und im Jobcenter explizit dafür geworben werde, dass Männer den Beruf des Erziehers ergreifen. Zu Frage 3 schlägt er eine zusätzliche Motivation für Jungs in Form von Schülerpraktika vor.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, dass die Anregungen gerne aufgenommen werden. Sie macht jedoch klar, dass der Beruf des Erziehers für viele Männer nicht gut genug bezahlt werde. Die Stadt fördere selbstverständlich die Einstellung von Männern in diesem Bereich. Aufgrund der hohen Anforderungen müsse jedoch auch hier eine fachliche Auswahl erfolgen.

Herr Dr. Heinen erwidert, dass es sich seiner Meinung nach eher um ein „Imageproblem“ handele.

**5.1.2 Verkehrssicherheit an Kölner Spielplätzen
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.06.2011)
AN/ 1374/2011**

Da die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung bisher nicht vorliegt, wird die Anfrage in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.11.2011 vertagt.

5.2 Neue Anfragen

**5.2.1 Spielgeräte auf schulischen und öffentlichen Spielplätzen
(Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 21.07.2011)
AN/1475/2011**

**zu 5.2.1 Spielgeräte auf schulischen und öffentlichen Spielplätzen
(Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 21.07.2011)
3886/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 9 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes teilt mit, dass, gemäß Beantwortung, seit dem Jahr 1997 keine Mittel für Ersatzbeschaffungen von Spielgeräten auf Schulhöfen zur Verfügung stehen und dies einem Skandal gleiche. Durch die Normverletzungen (TOP 3.16) werde die Sache sogar noch verschärft. Darüber hinaus enthalte die Mitteilung einen Widerspruch, da zum einen gesagt werde, dass kein Geld für Ersatzbeschaffungen vorhanden sei und zum anderen etwas weiter stehe: „Die Beschaffung und Aufstellung neuer Spielgeräte erfolgt nach pädagogischen Gesichtspunkten und Nutzerwünschen“.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass es selbstverständlich Ersatzbeschaffungen gebe. Diese finden sukzessive unter Einbindung der Nutzerinnen und Nutzer statt. Aufgrund dessen könne sie den Widerspruch nicht erkennen.

**6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**6.1 Kinder und Jugendförderplan der Stadt Köln
1625/2011**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Bedarfsanalyse zum Kinder- und Jugendförderplan gemäß Anlage 1. Der Förderplan gilt bis zum Ende der Ratsperiode 2014. Die Verwaltung berichtet zum Abschluss des Geltungszeitraums über den Sachstand.

Anmerkung: Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

**6.2 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, im Rahmen aktivierbarer Zuwendungen an freie Träger von Jugendeinrichtungen im Jahr 2011
hier: Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 20.000 € für den Verein "Jugendfarm Wilhelmshof e.V."
3021/2011**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - beschließt, aus dem Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 11 (Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen), einen investiven Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro an den Verein „Jugendfarm Wilhelmshof e.V.“, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

**6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Schulte-Schmelter-Stiftung
3627/2011**

Herr Nott bittet um Auskunft, wie die Altersstruktur in der Einrichtung sei, ab wann Kinder aufgenommen werden und wie die durchschnittliche Verweildauer sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die Schulte-Schmelter-Stiftung, Rheinbergstr. 48, 51143 Köln, öffentlich als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Abs.2 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

**6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Natur bewegt dich gGmbH
3582/2011**

Herr Nott fragt nach, für wie viele Kinder das vielfältige Angebot ausgelegt sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass es hier zunächst lediglich um die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gehe. Die Entwicklung der Angebote werde im zweiten Schritt stattfinden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die gemeinnützige Gesellschaft „Natur bewegt dich gGmbH“, Eupener Str. 150, 50933 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 1 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

**6.5 Zuschüsse an Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2011
3234/2011**

Herr Krücker gibt an, dass der Beschlussvorschlag grundsätzlich korrekt sei, die Begründung jedoch fragwürdig erscheine, da die Kirchensteuer einer Abgabe gleichzusetzen sei. Im Endeffekt führe die Regelung dazu, dass in Zukunft alle Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendhilfe einen Trägeranteil in Höhe von 10% haben, außer drei Einrichtungen in der Trägerschaft von evangelischen Kirchengemeinden. Dies stelle eine strukturelle Benachteiligung der Kirchen dar.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stellt klar, dass die Regelung zuallererst eine Verbesserung darstelle. Lediglich drei Einrichtungen, die noch nicht als GmbH geführt werden, erzielen hierdurch keinen Profit. Es bleibe ihnen jedoch frei, sich – wie durch die anderen Einrichtungen bereits durchgeführt – anderweitig zu organisieren. Die Regelung solle auch eine Art Anreizsystem darstellen.

Frau Hartmann ergänzt, dass die Regelung nicht neu sei. In der alten Richtlinie habe es eine Unschärfe gegeben. Die katholische Kirche habe um Konkretisierung gebeten. Dies habe die Verwaltung getan, indem sie die Regelung auf den ursprünglichen Inhalt zurückgesetzt habe. Die Neuerung sei allen Trägern sowohl in der AG78 als auch im AK80 vorgestellt worden und es habe keinen Protest gegeben. Aufgrund dessen sei sie nun um so erstaunter über die Diskussion.

Frau Blümel macht ihre Ambivalenz deutlich. Sie findet den Beschlussvorschlag positiv und ist erfreut darüber, dass die Unschärfe entfernt wurde. Allerdings sei der Eigenanteil immer noch zu hoch und sie bittet die Verwaltung, auch die 10% in Zukunft noch mal zu überdenken. Darüber hinaus sehe sie keinen Grund, drei Einrichtungen aus der Förderung auszuschließen und bittet darum, eine einheitliche Lösung für alle Kinder- und Jugendeinrichtungen zu finden.

Frau Hartmann erläutert, dass es sich im Grunde genommen um eine Summe in Höhe von 0,00 Euro handle. Es gebe einen gedeckelten Zuschuss, über den die Verwaltung nicht hinweggehen könne. Um diesen Zuschuss zu erhalten, müssen die Träger 10 bzw. 15% mehr ausgeben. Das Problem sei somit nicht der Eigenanteil an sich, sondern die darüber hinausgehenden Defizite.

Herr Pfarrer Völker betont, dass zwar im AK80 angekündigt worden sei, dass eine Änderung auf 10% erfolgen werde, jedoch nicht über eine Differenzierung gesprochen worden sei. Diese stelle eine Ungleichbehandlung dar und sei auch nicht mit fachlichen Standards zu rechtfertigen. Er stellt einen **Änderungsantrag**, dass in der Begründung die Worte „die nicht Kirchengemeinden sind“ gestrichen werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bietet, aufgrund des Unmutes der Ausschussmitglieder, an, die Vorlage seitens der Verwaltung zurückzuziehen und den Sachverhalt nochmals im AK80 zu diskutieren.

Herr Krücker teilt mit, dass dies nicht notwendig sei und schlägt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag vor.

Herr Nott nimmt Bezug auf Seite 2 der Anlage 1. Darin werde das „Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V. – anyway“ benannt. „Anyway“ gehöre jedoch nun zu einem neuen Verein und Herr Nott bittet um Mitteilung, ob die Förderung automatisch an den neuen Verein gehen werde.

Frau Hartmann erläutert, dass der Wechsel mit dem Träger zum 01.01.2012 vereinbart worden sei und dann alles automatisch übergeleitet werde.

Frau Jahn bittet um Auskunft, warum das Geld für die Jugendprojekte und die Schulsozialarbeit nicht komplett veräußert wurde. Darüber hinaus **schlägt sie vor, dem Beschluss einen Prüfauftrag hinzuzufügen**, dass die Verwaltung den Trägeranteil für die Kirchengemeinden überprüfe.

Frau Hartmann erläutert, dass im Bereich der Jugendprojekte kein Geld übrig geblieben sei. Es handle sich um eine Prioritätensetzung des Trägers SkM und stelle eine dauerhafte Umschichtung von den Jugendprojekten zu den Jugendeinrichtungen dar. Die haushaltsmäßige Anpassung werde noch erfolgen. Bezüglich der Schulsozialarbeit sei das Antragsvolumen geringer als der Haushaltsansatz gewesen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein äußert, dass der Vorschlag von Frau Jahn sehr zielführend sein könnte und schlägt vor, so zu beschließen.

Herr Pfarrer Völker zieht seinen Änderungsantrag zurück und der Ausschussvorsitzende stellt den Vorschlag von Frau Jahn zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die Mittelverteilung in Form von Zuschüssen zu den anererkennungsfähigen Betriebskosten von Jugendeinrichtungen freier Träger in 2011 gemäß Anlage 1.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), zur Verfügung.

Gleichzeitig beschließt er, dass ab dem Haushaltsjahr 2011 alle Träger, die nicht Kirchengemeinden sind, nur noch einen 10%-igen Eigenanteil an den anererkennungsfähigen Betriebskosten zu tragen haben.

Darüber hinaus beauftragt der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung, den Trägeranteil für die Kirchengemeinden zu überprüfen.

Anmerkung: Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme des Paritätischen.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

**6.6 Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen, die in der Schule auffällig werden - eine Leistung die vom Therapiezentrum Köln und dem Kinderzentrum Porz erbracht wird.
3631/2011**

Frau Jahn spricht ihren Dank an die Träger und die Verwaltung für die gute Lösung aus.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf der Grundlage der vorliegenden Leistungsbeschreibungen des Kölner Therapiezentrums und des Kinderzentrums Porz zur „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen, die in der Schule auffällig werden“ die anteilige Finanzierung der interdisziplinären Behandlung der Kinder auf der Grundlage eines Vertrages zwischen den oben genannten Einrichtungen, dem Jugendamt und den Krankenkassen ab dem 1.1.2012.

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss Soziales und Senioren beauftragen die Verwaltung, im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2012 die notwendige aufgabenbezogene Umveranschlagung der im Teilergebnisplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, enthaltenen Aufwandsermächtigungen von 490.000 Euro in den Teilergebnisplan 0606, Sonstige Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

**6.7 Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrecht zur Qualitätssicherung in Vormundschaft und Pflegschaft
3191/2011**

Frau Kleine gibt an, dass es sich hierbei um eine von allen Seiten begrüßenswerte Vorlage handele. Sie befürchte jedoch, dass bei einem Fallschlüssel von 1:50 eine qualitative Beziehung zwischen Amtsvormund und Mündel nicht möglich sein werde. Sie plädiert dafür, für die Amtsvormundschaft eine sinnvolle und sichere Praxis zu schaffen.

Herr Völlmecke stimmt der Aussage von Frau Kleine gänzlich zu. Er befürchte ebenfalls, dass der durch Gesetz geforderte Kontakt bei einem Fallschlüssel von 1:50 nicht umgesetzt werden könne. Hierzu müsse es eine bundesweite Klärung geben. Die Verwaltung werde zunächst die Voraussetzungen für die 1:50-Regelung schaffen und warte ab, wie der Bund weiter vorgehe. Das Jugendamt Köln habe jedoch bereits ein generelles Schreiben an das Amtsgericht Köln verfasst, in dem darauf hingewiesen werde, dass die geforderte Kontaktzahl nicht in allen Fällen möglich sei und in jedem Einzelfall nach Bedarf entschieden werde.

Beschluss:

Der JHA beauftragt für die Umsetzung des am 06.07.2011 in Kraft getretenen „Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts“ die Verwaltung, die personellen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass

1. eine bedarfsgerechte Personalausstattung zur Führung von Amtsvormundschaften mit einem Fallschlüssel von 1:50 pro vollzeitbeschäftigtem/r Mitarbeiter/in gewährleistet ist und
2. vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2012 die Führung von Vereinsvormundschaften ab 01.01.2012 mit einem Zuschuss von 25,00 Euro pro Fall pro Monat gefördert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

6.8 Ausbau der Qualität im Offenen Ganztage im Bereich kultureller Bildung - Weitere Mittelverwendung sowie -freigabe im HJ 2011-3835/2011

Die Beschlussvorlage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 10 bei.

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen heben hervor, dass der Ausbau der Qualität im Offenen Ganztage im Bereich kultureller Bildung notwendig sei. Sie sehen es jedoch kritisch, dass bzw. in welchem Umfang Teile der im Haushaltsplan für das Projekt vorgesehenen Mittel für Personalkosten verwendet werden sollen.

Herr Schäfer-Remmele beklagt, dass die Vorlage nicht den Willen der Politik widerspiegele, wie die Diskussion im Unterausschuss Ganztage bereits gezeigt habe. Er bittet darum, eine neue Lösung zu überdenken.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass die Aufgabe „kulturelle Bildung“ zunächst beim Kulturdezernat angegliedert gewesen sei, die Mittel im Rahmen der Task-Force dort eingespart und dann aufgrund der Beschlussfassung zum HPL 2010/2011 zur Verwendung der Kulturförderabgabe erneut bereitgestellt worden seien. Die Mittel

seien, wie in der Vorlage dargestellt, in den Haushalt eingestellt worden, daher könne die Vorlage jetzt auch nur eine Mittelverteilung im dort vorgesehenen Umfang vorsehen.

Frau Jahn kritisiert ebenfalls, dass es nicht im Sinne der Politik sei, die Personalkosten mitzufinanzieren, zumindest nicht in dem festgelegten Umfang. Sie schlägt vor, dem Beschluss einen Prüfauftrag hinzuzufügen, dass bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 10.10.2011 geklärt werden soll, ob die 70.000,- Euro, die im Beschlussvorschlag zur Finanzierung der Personalkosten angesetzt werden, nicht reduziert und die frei werdenden Mittel zugunsten der Projektmittel umgeschichtet werden könnten.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, dass der Beschluss insofern abgeändert wird, dass die für die Maßnahme im Haushaltsplan 2011 vorgesehenen Mittel in Höhe von 200.000,- Euro, ausschließlich als Projektmittel verwendet werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den weitergehenden Vorschlag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

1. Der Finanzausschuss sowie die Fachausschüsse nehmen die „Richtlinien zur Förderung von außerunterrichtlichen Projekten kultureller Bildung in Kooperation mit kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen und Schulen und/oder Trägern des Offenen Ganztags in der Primarstufe und der Sekundarstufe I“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, ab dem Haushaltsjahr 2011 die Vergabe der Fördermittel nach den hier definierten Prämissen vorzunehmen.
2. Der Finanzausschuss sowie die Fachausschüsse beschließen, für das Haushaltsjahr 2011 Haushaltsmittel im Umfang von insgesamt 200.000 Euro zur Durchführung von Projekten ausschließlich als Projektmittel im Sinne der Richtlinien aus dem Teilergebnisplan 0416, Kulturförderung freizugeben. Mit Beschluss des Hauptausschusses vom 8.8.2011 waren davon bereits Projektmittel in Höhe von 72.694 Euro freigegeben worden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich somit erledigt.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Neubau einer 6-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung am Dellbrücker Mauspfad 125 - 127, 51069 Köln-Dellbrück Baubeschluss 3082/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft genehmigt vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses den Entwurf und die Kostenberechnung für die Errichtung einer Kindertagesstätte in Köln-Dellbrück, Dellbrücker Mauspfad 125 – 127, mit Gesamtbaukosten in Höhe von 3.450.000,00 Euro netto und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011 Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen 0252/2011

Vor Sitzungsbeginn wurde die Positionierung der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zu diesem Tagesordnungspunkt als Tischvorlage verteilt. Diese liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 11 bei.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass er im Ausschuss Schule und Weiterbildung ange-regt habe, den Schulentwicklungsplan auf eine rechtlich gültige Grundlage zu stellen. Dies bedeute, dass die Begriffe „Gemeinschaftsschulen“ und „Verbundschulen“ gestrichen und durch entsprechende Alternativen ersetzt werden. Dies habe im Ausschuss Schule und Weiterbildung keine Mehrheit gefunden. Darüber hinaus finde die Implementierung der Sekundarschule keine Berücksichtigung so dass die Vorlage für die CDU-Fraktion aus Schulsicht nicht zustimmungsfähig sei. Der Jugendhilfeteil werde grundsätzlich gelobt. Allerdings stelle sich die Frage, ob die U3- und Ü3-Planung noch die richtige Zielsetzung habe. Zusätzlich finden sich die Freien Träger im Prozess der Erstellung nur unzureichend wider. Aufgrund dessen werde die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage ablehnen.

Herr Bergmann nimmt Bezug auf die als Tischvorlage ausliegende Stellungnahme der LIGA. Grundsätzlich begrüße die LIGA den Prozess zur Entwicklung einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung ausdrücklich. Richtigerweise müsse das vorliegende Papier jedoch den Titel „Entwicklungsperspektiven“ tragen und man müsse sich bewusst sein, dass es sich um einen Prozess handle, der niemals abgeschlossen sein werde, sondern stets fortgeschrieben werden müsse. In der Beschlussvorlage fehlen darüber hinaus viele Aspekte und es gebe viele Kritikpunkte und Baustellen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stellt klar, dass es sich bei dem vorgelegten Papier bewusst nicht um einen fertigen Plan, sondern um Entwicklungslinien, bzw. eine Richtschnur handle. Man könne nicht festlegen, wie die Situation in einigen Jahren aussehe, sondern müsse entsprechend der aktuellen Entwicklungen und der sich immer wieder ändernden gesetzlichen Regelungen handeln. Die Verwaltung werde – aufgrund des Stopps der vorzeitigen Einschulung - die Planungen bezüglich des U3- und Ü3-Ausbaus überarbeiten. Auch die steigende Kinderzahl in Köln müsse berücksichtigt werden. Frau Beigeordnete Dr. Klein merkt an, dass sie die Stellungnahme der LIGA positiv bewerte. Die angesprochenen Baustellen im Schul-, Kita- und Jugendbereich werde die Verwaltung sukzessive umsetzen.

Herr Dr. Heinen bemerkt, dass es sich um einen dynamischen Plan handle, der ein wichtiges Rüstzeug bis hin zur bezirkspolitischen Ebene darstelle. Unter diesem Gesichtspunkt sehe die SPD-Fraktion die Vorlage als zustimmungsfähig an.

Frau Jahn teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass sie den Prozess begrüße. Bezüglich der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe sehe sie Verbesserungsbedarf. Darüber hinaus müsse das Inklusionskonzept, der Handlungsbedarf bezüglich der Jugendeinrichtungen sowie der Kinder- und Jugendförderplan in die integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung eingearbeitet werde. Frau Jahn macht deutlich, dass eine vorausschauende Planung von wesentlicher Bedeutung sei.

Frau Kleine stellt noch mal klar, dass die LIGA nicht das Ergebnis und den Prozess begrüße, jedoch mit der Initiative an sich zufrieden sei. Die Planung brauche mehr Verbindlichkeit und sie schlägt vor, dies im AK80 nachzuarbeiten.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stimmt dem Vorschlag zu.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat nimmt die „Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt die Kommentierungen und Anregungen der Bezirksvertretungen zur Kenntnis.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die strategischen Aussagen des Berichtes für die Detailplanungen der nächsten Jahre zu Grunde zu legen. In den daraus resultierenden Beschlussvorlagen sind die Kommentierungen und Anregungen der Bezirksvertretungen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei 2 Gegenstimmen der CDU-Fraktion und 3 Enthaltungen (Sozialdienst katholischer Frauen, Caritasverband, Paritätischer).

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

8.2 Konzept zur Gewaltprävention 2239/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt das vorliegende Konzept zur Gewaltprävention im Kinder- und Jugendschutz.

Er beauftragt die Verwaltung, im Zusammenspiel mit Polizei, mit Trägern, mit Vereinen, und Schulen mit der Konkretisierung von Entwicklungsimpulsen für die einzelnen Handlungsfelder im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „Jugendschutz/ Gewaltprävention“.

Bis Ende 2012 sind dem Rat die Ergebnisse des weiteren Beratungsprozesses vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

8.3 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem Bildungspaket 2560/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2011 den Nachrang der Köln-Pass-bedingten Vergünstigungen in Bezug auf deckungsgleiche Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Soweit hierzu weitergehende Anpassungen in den bestehenden Entgelt- und Benutzungsordnungen, Entgelt- und Honorarordnungen oder Satzungen mit entsprechenden Ermäßigungstatbeständen erforderlich werden, wird die Verwaltung beauftragt, diese kurzfristig vorzunehmen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

8.4 Fortführung des Rucksack-Programms 2900/2011

Herr Dr. Heinen gibt zur Kenntnis, dass es am 26.09.2011 bei der Bezirksregierung einen Festakt mit der Ministerin gegeben habe. Köln sei als „Land der Ideen“ ausgezeichnet worden. Preisträger sei das „Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration“ und das „Rucksack-Programm“ sei ein Bestandteil dessen Konzeption.

Frau Mucuk lobt das Projekt und betont, dass zukünftig nicht nur die Verlängerung, sondern auch die Erweiterung des Projektes angestrebt werden sollte. Sie selber sei jahrelang „Rucksack-Mutter“ gewesen und könne die positiven Effekte des Projektes aus der Praxis bestätigen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt zur kontinuierlichen Weiterführung des Projekts, im Vorgriff auf die Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2012 und vorbehaltlich der Zuteilung der erhöhten Zuwendungen des Landes, das bisher als Regelangebot bestehende Grundprogramm *Rucksack* zur Sprachförderung und Elternbildung im aktuellen Umfang von 16 Gruppen unbefristet fortzusetzen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 59.000 Euro sind in den Haushaltsplänen der Jahre 2012ff wie folgt vorzusehen:

10.000 Euro im Teilplan 604 Kinder und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)

39.500 Euro im Teilplan 0414 Volkshochschule, Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen),

9.500 Euro im Teilplan 0414 Volkshochschule, Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen).

Die Refinanzierung der im Teilplan 0414 entstehenden Aufwendungen erfolgt durch zusätzliche Erträge im Teilplan 0414, Teilplanzeile 02 (Zuwendungen und allg. Umlagen)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

8.5 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14 2715/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 die Einführung des Ganztagsbetriebs gem. § 9 Abs. 1 SchulG NRW an den Gymnasien:

1. Apostelgymnasium, GY Biggestraße 2, 50931 Köln-Lindenthal
2. Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium, GY Nikolausstraße 51-53, 50937 Köln-Sülz,
3. Genovevagymnasium, GY Genovevastraße 58-62, 51063 Köln-Mülheim

zum 01.08.2012

und an den Schulen:

1. Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, GY Severinstraße 241, 50676 Köln Altstadt/Süd,
2. Eichendorf-Schule, Realschule Dechenstraße 1, 50825 Köln-Neuehrenfeld
3. Hauptschule Rendsburger Platz 1, 51065 Köln-Mülheim

zum 01.08.2013.

- 2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bezüglich der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung zu betreiben.

Für die Schulen, die den Ganztagsbetrieb einführen, sind unverzüglich die für die Bau- und Einrichtungsmaßnahmen notwendigen Beschlüsse unter Darstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen herbeizuführen.

Der Rat beschließt zum Stellenplan 2012 die Zusetzung von 0,04 Stellen Schulsekretär/in auf der Basis folgender Bewertung:

Gymnasien / Realschulen = VGr. VII/VIb, Fg. 1b/1b BAT entspricht EG 5 TVöD;
Hauptschulen = VGr. VII, Fg. 1a BAT entspricht EG 5 TVöD.

Die weiterhin erforderlichen Stellenzusetzungen erfolgen sukzessive entsprechend der jahrgangsweise aufbauenden Aufnahme des Ganztagsbetriebs (siehe Anlage 8). Danach ergibt sich insgesamt ein zusätzlicher Mehrbedarf von 0,46 Stellen ab dem Schuljahr 2018/19, der dauerhaft bereitzustellen ist.

Sollte der Stellenplan 2012 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtungen noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die im Hj. 2012 entstehenden zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 736,71 Euro werden im Rahmen der im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, veranschlagten Mittel bereitgestellt. Die in den Folgejahren zusätzlich entstehenden Personalkosten (Hj. 2013 = 3.230,59 Euro, Hj. 2014 = 6.740,59 Euro, Hj. 2015 = 10.250,58 Euro, Hj. 2016 = 13.760,58 Euro, Hj. 2017 = 16.533,87

Euro, Hj. 2018 = 18.030,20Euro, ab Hj. 2019 = 18.722,00 Euro) sind bei der Veranschlagung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich bereitzustellen.

Anmerkung: Anlage 8 ist der Niederschrift nicht nochmals beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die.Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln und SJD die Falken nicht anwesend.

8.6 Intensivierung der Schulsozialarbeit aus Mitteln des "Bildungspaketes" der Bundesregierung 3812/2011

Vor Sitzungsbeginn wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung der Bezirksvertretung Nippes vom 29.09.2011 als Tischvorlage verteilt. Dieser liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 12 bei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass es nicht alltäglich sei, dass zusätzliche Stellen geschaffen werden und die Stadt hierüber sehr erfreut sei. Der Einsatzschwerpunkt der neuen Schulsozialarbeiterstellen werden die Grundschulen sein. Die Vorlage beinhalte eine Änderung der Anbindung der Stellen. Diese werden künftig dem Schulverwaltungsamt angegliedert und nicht wie bisher dem Jugendamt. Von dieser Änderung erhoffe die Verwaltung sich neue Impulse unter Wahrung der Kontinuität. Durch den Beschluss seien die Stellen zunächst bis zum 31.12.2013 befristet. Es müsse sich dafür eingesetzt werden, dass diese Befristung aufgehoben werde. Der erste Schritt sei jedoch zunächst der Beschluss dieser Vorlage. Im Jahr 2012 müsse dann eine Diskussion über die Weiterführung geführt werden.

Frau Blümel wendet ein, dass die Schulsozialarbeit laut SGB VIII in der Jugendarbeit verankert sei. Aufgrund dessen müsse diese im Jugendamt verbleiben.

Herr Dr. Schlieben spricht sich ebenfalls für den Verbleib der Schulsozialarbeit beim Jugendamt aus. Er bittet um juristische Prüfung, wo Schulsozialarbeit angeordnet werden müsse und wer hierüber die Entscheidungskompetenz inne habe. Herr Dr. Schlieben macht deutlich, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zwar zustimmen werde, jedoch nur aus dem Grund, dass die organisatorische Anbindung der Schulsozialarbeit nicht Inhalt des Beschlusses sei.

Herr Schäfer-Remmele befürchtet, dass die Schulsozialarbeiter im Falle der Anbindung an das Schulverwaltungsamt auch mit Aufgaben betraut werden, die nicht zu ihrem originären Aufgabenkreis gehören.

Frau Beigeordnete Dr. Klein wendet ein, dass die Sorge von Herrn Schäfer-Remmele bekannt aber unbegründet sei. Die bisherige Grundlage der Schulsozialarbeit werde die Grundlage der Arbeit bleiben – mit Ausnahme des Passus zum Jugendamt. Zu der Anmerkung von Herrn Dr. Schlieben bemerkt Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass die Zuordnung gemäß Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen in der Organisationsgewalt des Oberbürgermeisters liege. Es gebe hierzu eine gutachterliche Stellungnahme, die den Ausschussmitgliedern kurzfristig per Mail zugestellt wer-

de. Diese werde auch der Niederschrift als Anlage 13 beigelegt. Im Übrigen sei die Schulsozialarbeit in vielen anderen Städten ebenfalls beim Schulverwaltungsamt angegliedert.

Frau Becker ergänzt, dass die Anbindung nichts an dem Status der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter ändere.

Herr Dr. Schlieben fordert zu dem Thema eine fachliche Stellungnahme des Jugendamtes.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, dass dies dem Grundsatz der Einheitlichkeit der Verwaltung unterliege. Die Meinung des Dezernates sei bekanntgegeben worden; darüber hinaus gebe es keine Stellungnahmen der Ämter.

Auf Nachfrage von mehreren Ausschussmitgliedern macht Frau Beigeordnete Dr. Klein deutlich, dass die Neuregelung zum 01.11.2011 in Kraft treten werde. Die Federführung werde in Zukunft beim Ausschuss Schule und Weiterbildung liegen, der Jugendhilfeausschuss bleibe jedoch in der Beratungsfolge erhalten.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt

1. die Zusetzung von Stellen für Schulsozialarbeit aus Mitteln des Bildungspakets des Bundes in folgendem Umfang ab 1.11.2011 befristet bis zum 31.12.2013:

a) 58 Stellen für Schulsozialarbeit in freier Trägerschaft an weiteren 58 Grundschulen und 4,67 Stellen für Schulsozialarbeit zur Aufstockung bestehender Teilzeitstellen an Grundschulen auf ganze Stellen (ebenfalls in freier Trägerschaft) gemäß Anlage 1.

Hierzu werden anerkannte Träger der freien Wohlfahrtspflege mit der Durchführung beauftragt bzw. die bereits bestehenden Vereinbarungen angepasst. Die Trägerzuschüsse für die Schulsozialarbeit an Grundschulen werden analog zum bisherigen Verfahren mit 55.000 Euro je Fachkraft plus 1.200 Euro Sachmittel bemessen. Die Träger erhalten zudem Regiemittel in Höhe von 7,5% der Personal- und Sachkosten je Stelle. (s. Anlage 4) Zur Durchführung der Schulsozialarbeit an den 58 neuen Schulen sollen vorrangig Ganztagsräger ausgewählt werden. Voraussetzung ist, dass die Träger anerkannte Träger der Jugendhilfe sowie einem Wohlfahrtsverband angeschlossen sind. Der Einsatz der Stellen und der Trägerzuschüsse ist mit Auslaufen der Bundesförderung zum 31.12.2013 befristet.

b) 16,5 Stellen in der Bewertungsgruppe S 12 für Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen, 1,5 Stellen in S 12 an den 3 kommunalen Förderschulen Sprache sowie 6,5 Stellen an Berufskollegs gemäß Anlage 1, jeweils befristet bis 31.12.2013 sowie 2 Stellen in der Bewertungsgruppe S 12 und 0,5 Stellen A 6 BBO zur fachlichen und administrativen Unterstützung, ebenfalls befristet bis 31.12.2013. Die Stellen werden zum Stellenplan 2012 eingerichtet. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2012 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

2. im Rahmen einer Anschubfinanzierung den 93 Schulen, die zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit erhalten, einmalig in 2011 je Schule 5000 Euro für die Ausstattung der notwendigen Arbeitsplätze aus den Mitteln des Bildungspakets gemäß Anlage 4 zur Verfügung zu stellen.

3. die Refinanzierung der bereits bestehenden Schulsozialarbeiterstellen an Grundschulen und weiterführenden Schulen in freier bzw. kommunaler Trägerschaft für den Zeitraum 1.1.2011 bis 31.12.2013 gemäß Anlage 4.

4. die Finanzierung der für die Zuwendungen an die Träger und für die städtischen Personal- und Sachaufwendungen notwendigen Mittel in Höhe von insgesamt 4.014.081 Euro für das Haushaltsjahr 2011, in Höhe von insgesamt 8.343.734 Euro für das Haushaltsjahr 2012 und in Höhe von insgesamt 8.343.734 Euro für das Haushaltsjahr 2013 aus der anteiligen Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (2,8%) für Schulsozialarbeit sicherzustellen.

Der Rat beschließt die zusätzlich erforderlichen Mittel für 2011:

a) überplanmäßige, zahlungswirksame Mehraufwendungen im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, in Höhe von 149.316,67 Euro;

b) überplanmäßige, zahlungswirksame Mehraufwendungen im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 10.316,67 Euro;

c) überplanmäßige, zahlungswirksame Mehraufwendungen im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, in Höhe von 687.220,63 Euro;

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge in gleicher Höhe im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, TPZ 2, Zuwendungen und allg. Umlagen;

d) überplanmäßige Mehrauszahlungen im Teilfinanzplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Zeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen in Höhe von 372.000 Euro.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen in gleicher Höhe im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Zeile 1, Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen.

Die Veranschlagung für die HHj 2012/ 2013 erfolgt im Veränderungsnachweis zum Hpl-Entwurf 2012 im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit.

Anmerkung: Anlagen 1 und 4 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Fraktion Die Linke, die AWO Köln, die Sportjugend Köln, der Caritasverband, der Paritätische und SJD die Falken nicht anwesend.

8.7 Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3 - Jährige; Anpassung der Ausbauplanung U3 - verstärkter Ausbau der Kindertagespflege 3201/2011

Vor Sitzungsbeginn wurde die Beschlussvorlage als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 14 bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Beratung und die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt auf die nächste reguläre Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.11.2011 vertagt.

8.8 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen im Jahr vor der Einschulung; Änderung der Satzung zum 01.08.2011 3690/2011

Vor Sitzungsbeginn wurde die Beschlussvorlage als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 15 bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt auf die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.10.2011 vertagt.

Auf Nachfragen der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen erläutert Frau Beigeordnete Dr. Klein die vorliegende Beschlussvorlage. Die Kommunen haben sich zum Ziel gesetzt, das Geld, das die Landesregierung ihnen für das vorletzte Kindergartenjahr erstattet, in Gänze an die Eltern weiterzugeben. Zur Zeit sei noch nicht klar, welcher Betrag durch die Landesregierung erstattet werde. Die erste Abschlagszahlung werde 9 Millionen Euro betragen. Die Maximalforderung der Stadt Köln belaufe sich auf ca. 13 Millionen Euro pro Jahr. Die kommunalen Spitzenverbände und das Land Nordrhein-Westfalen stehen derzeit in Verhandlungen, um die konkreten Summen zu ermitteln. Höchstwahrscheinlich werde noch in diesem Jahr diesbezüglich eine Entscheidung fallen. Erst dann könne die endgültige Satzung – die dem Jugendhilfeausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werde – beschlossen werden. Die nun vorliegende Satzung verteile einen ersten Teil der 9 Millionen Euro an die Eltern. Hierzu schlage die Verwaltung eine sogenannte „Differenzmethode“ vor. Das Ziel sei es, die Erstattung, die die Stadtverwaltung von der Landesregierung bekomme, komplett und unmittelbar als Beitragsentlastung an die Eltern auszukehren.

Frau Kirsch vom Dezernat IV erläutert die vorgeschlagene Berechnungsmethode anhand von Beispielen. Diese liegen der Niederschrift nochmals als Anlage 16 bei.

9 Anfragen

Herr Dr. Schlieben stellt folgende Anfrage:

„Die katholische Kita Herz Jesu am Zülpicher Platz soll für die U3-Nutzung umgebaut werden. Hierfür wird ein Ausweichquartier benötigt, in dem die 45 Kinder aus 2 Gruppen sowie die 5-7 Erzieher/innen der Kita übergangsweise für die Bauzeit von ca. 6 Monaten untergebracht werden. Die Kita sucht nun eine Fläche für einen Container bzw. entsprechende Räume in einer Schule.“

In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Warum ist es bisher seitens der Verwaltung nicht möglich gewesen, der Kita eine entsprechende Fläche anzubieten?
2. Sieht die Verwaltung aktuell noch die Möglichkeit, der Kita zu helfen und eine Ausweichfläche – insbesondere in der Innenstadt – zur Verfügung zu stellen?“

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Nichtöffentliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Mitteilungen liegen nicht vor.

11 Nichtöffentliche Beschlussvorlagen

Nichtöffentliche Beschlussvorlagen liegen nicht vor.

gez.: Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)

ausgef.: Anna Fischbach (Schriftführerin)